

28.9.2014, 19:47 Uhr

Kantonale Abstimmung

Votum für mehr preisgünstige Wohnungen

Stefan Hotz 28.9.2014, 19:47 Uhr



Die Stimmbürger entscheiden heute Sonntag über die Vorlage zum preisgünstigen Wohnungsbau. (Bild: Keystone)

Die Städte und die grossen Gemeinden haben den Ausschlag gegeben: Mit 60 und mehr Prozent Ja-Stimmen fand hier der Ruf nach erschwinglichem Wohnraum Gehör. Aber auch ländliche Gebiete sagten Ja.

Die einzige kantonale Vorlage vom Sonntag war umstritten wie lange keine mehr. Vor allem die Gegner fuhren mit größerem Geschütz auf und beschworen die Stimmberechtigten, keiner weiteren Beschränkung des Eigentums zuzustimmen. Die Befürworter konterten, die neue Bestimmung für einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum komme nur zum Zug, wenn diese Fläche durch Auf- oder Einzonung deutlich mehr Wert erhält.

Grosse Gemeinden sagen Ja

Das Ergebnis fiel am Ende deutlich aus. 58,4 Prozent der Stimmenden sagten Ja zur Ergänzung des Planungs- und Baugesetzes. Die Beteiligung betrug 43,4 Prozent. 8 von 12 Bezirken stimmten zu: Am deutlichsten, kaum überraschend, die Stadt Zürich mit 72,4 Prozent. In ihrem Zählkreis 4+5 ist, ebenfalls erwartet, mit 83 Prozent der höchste Anteil Ja-Stimmen im Kanton zu verzeichnen. Die grösste Ablehnung mit 71,1 Prozent Nein resultierte in Adlikon im Zürcher Weinland.

Der Ausgang der Abstimmung belegt, dass in urbanen Gebieten die Wohnungsknappheit als dringliches Problem wahrgenommen wird. Im Detail zeigt sich ein erweiterter Stadt-Land-Gegensatz. Nicht nur Zürich und die Stadt Winterthur (66,8 Prozent Ja-Stimmen) haben nämlich die Zustimmung bewirkt. Alle Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern sagten deutlich Ja; Dübendorf etwa,

eine bürgerliche Bastion, mit mehr als 60 Prozent. Auch von den anderen 22 Zürcher Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern lehnten nur vier die Vorlage ab: Küsnacht, Meilen und Zollikon an der Goldküste sowie Hinwil im Oberland. Im Kantonsgebiet ohne die Städte Zürich und Winterthur sagten 52,4 Prozent der Stimmenden Ja. Der Umkehrschluss, je kleiner die Gemeinde, desto grösser die Ablehnung, trifft mit Ausnahmen zu. Denn etwa auch Hütten, Rifferswil, Flurlingen und Sternenberg stimmten zu, obwohl dort kaum je eine Zone für preisgünstigen Wohnraum festgelegt werden dürfte.

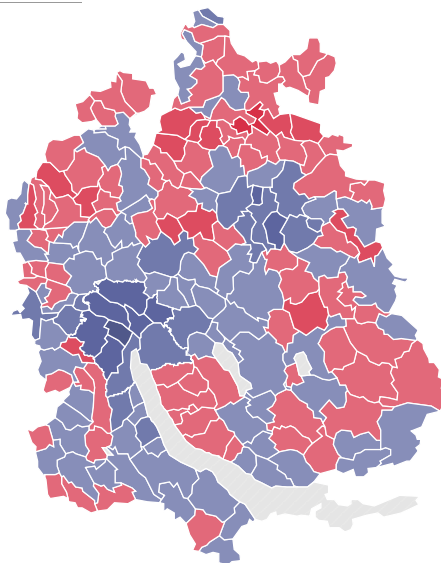
PREISGÜNSTIGER WOHNRAUM

58.4% 216'094 Stimmen
JA

Volk

154'006 Stimmen **41.6%**
NEIN

Ansicht: [Geografisch](#) | [Stimmenanzahl](#)



Aktualisiert am 28.9.14, 17:57 Uhr
[Impressum](#)

Interessant ist der Gegensatz zwischen den beiden Seeufnern, wo sich die Diskussion stark um die drohende soziale Entmischung drehte. Während der Bezirk Meilen die Vorlage mit 51,4 Prozent Nein ablehnte, stimmte der ebenso bürgerlich dominierte Bezirk Horgen mit 58,1 Prozent Ja-Stimmen deutlich zu. Hier hatte die Planungsgruppe Zimmerberg, der alle Gemeinden angehören, eine Ja-Empfehlung abgegeben.

Da der Regierungsrat im Vorfeld keine Stellung zur Vorlage bezogen hatte, verzichtete er am Sonntag auf einen Kommentar. Das Pro-Komitee nahm mit grosser Freude vom Ausgang Kenntnis. Jetzt liege der Ball bei der Regierung, die eine Verordnung ausarbeiten müsse. Die Investoren werden eingeladen, konstruktiv an der Umsetzung mitzuarbeiten. Der regionale Verband der Wohnbaugenossenschaften schreibt, trotz der polemischen und teuren Gegenkampagne habe sich die Vernunft durchgesetzt. Sein Präsident Peter Schmid wertet das Resultat als Signal an die Immobilienwirtschaft: «Mit der Politik der

Renditemaximierung schneidet sie sich ins eigene Fleisch.»

Keine rasche Wirkung

Der kantonale Gewerbeverband äusserte sich enttäuscht und besorgt über die weitergehende Einschränkung der verfassungsmässig garantierten Eigentumsfreiheit. Die Neuerung werde enormen bürokratischen Aufwand verursachen und die Bautätigkeit hemmen. SVP-Nationalrat Hans Egloff, Präsident des Zürcher und Schweizer Hauseigentümergeverbandes, sagte auf Anfrage, es sei in der Kampagne schwierig gewesen, gegen den Begriff «preisgünstiger Wohnraum» anzukommen. Dass die Branche am Markt vorbei zu teure Wohnungen baue, glaubt er nicht. Auf jeden Fall sei es kontraproduktiv, wenn der Staat eingreife.

In einem Punkt stimmen Schmid und Egloff überein: Bis ein erstes Projekt mit der neuen Regelung gebaut werden kann, vergehen etwa 5 Jahre. Vielleicht sei es dann gar kein Thema mehr, meinte Egloff, falls bis dahin der Wind am Immobilienmarkt gedreht habe.

MEHR ZUM THEMA

Ja zu Zonen für preisgünstiges Wohnen Rezept mit offener Wirkung

28.9.2014, 14:06 Uhr

Kantonale Abstimmung vom 28. September Zug fördert bereits günstige Wohnungen

16.9.2014, 05:30 Uhr

Streitgespräch zur Zürcher Abstimmung vom 28. September Günstiges Wohnen vs. Eigentumsrecht

8.9.2014, 05:30 Uhr

Wohnbaugenossenschaften Anonyme Kampagne des Hauseigentümergeverbandes

11.8.2014, 18:41 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.